

Korea 2001

Neue Konfliktlinien

Kay Möller

Der Besuch des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-chung in Washington hat Anfang März 2001 erste Anzeichen für eine härtere Nordkoreapolitik der Bush-Administration erbracht. Eine Woche zuvor hatte die Bundesrepublik Deutschland als elftes EU-Mitglied diplomatische Beziehungen zu Pyöngyang aufgenommen. Beide Entwicklungen lieferten weitere Indizien für die allmähliche Auflösung jener Interessengemeinschaft aus Amerikanern, Südkoreanern, Japanern und Europäern, die bis Ende der 90er Jahre die Grundlage für westliche Koreapolitik war. Nordkorea ist es durch sein partielles und an Kompensationen geknüpftes Eingehen auf die Entspannungspolitik Seouls im Ansatz gelungen, das westliche Lager auseinanderzuidividieren und die eigene Rolle in Nordostasien aufzuwerten, ohne substantielle Konzessionen zu machen. Während es weiterhin keine Garantie für eine friedliche Evolution auf der koreanischen Halbinsel gibt, wächst die Gefahr neuer Spannungen unter den nordpazifischen Mächten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten in dieser Situation nicht durch überzogene Zugeständnisse an Pyöngyang zu einer weiteren Schwächung der westlichen Position beitragen.

Seit Ende des Kalten Krieges gründet sich der fragile Status quo auf der koreanischen Halbinsel neben den Allianzen der USA mit der Republik (Süd-) Korea und Japan auf das sogenannte Genfer Rahmenabkommen vom Oktober 1994, in dem sich die Demokratische Volksrepublik (Nord-) Korea (DVRK) verpflichtet hat, ihre Plutoniumwirtschaft schrittweise abzubauen und den Atomwaffensperrvertrag einzuhalten. Sie erhält im Gegenzug zwei Leichtwasserreaktoren, die von einem internationalen Konsortium (der Korean Peninsula Energy Development Organisation, KEDO) gebaut

werden, und bis zur Übergabe der Reaktoren jährlich 500 000 Tonnen schweres Heizöl aus den USA, die ihre Beziehungen zu Nordkorea gleichzeitig schrittweise normalisieren. 1999 sagte die DVRK darüber hinaus zu, den Test von Langstreckenraketen vorläufig einzustellen.

Die Implementierung des Rahmenabkommens hat sich erheblich verzögert. Auch die (1997 angelaufenen) Viergespräche zwischen Pyöngyang, Seoul, Washington und Peking über eine neue Friedensordnung für die koreanische Halbinsel sind in die Sackgasse geraten. Ein

neues Element in die koreanische Gleichung brachte Kim Dae-chung 1998 mit seiner »Sonnenscheindiplomatie« ein, die durch einen breitangelegten Dialog zu Vertrauensbildung mit dem Norden führen sollte. Dieser Prozeß erreichte seinen vorläufigen Höhepunkt mit einem innerkoreanischen Gipfeltreffen im Juni 2000. Als Ergebnis des Gipfels hat Seoul zusätzliche Lebensmittel geliefert und südkoreanische Unternehmen zu Investitionen im Norden angehalten. Es kam zu bisher drei Treffen von durch den Koreakrieg getrennten Verwandten, zur Übergabe politischer Gefangener an die DVRK, zu Vorarbeiten am Bau einer Eisenbahntrasse durch die Entmilitarisierte Zone am 38. Breitengrad und zu einem einmaligen Austausch von Briefen zwischen Bürgern beider Staaten.

Abgesehen von technischen Vereinbarungen zur Durchführung dieser Maßnahmen und vier Wirtschaftsabkommen vom November 2000 gibt es keine schriftlichen Grundsatzvereinbarungen – ein deutlicher Kontrast etwa zur europäischen Ost-West-Entspannung der 70er Jahre. Insbesondere fehlen Abmachungen zu den kritischen Themen militärische Sicherheit und Abrüstung, die Pyöngyang offenbar Friedensverhandlungen mit den USA vorbehalten will. Das Umfeld der Entmilitarisierten Zone bleibt mit einer Konzentration von mehr als 12 000 Artilleriegeschützen, chemischen Waffen und 600 000 Soldaten die gefährlichste Grenze der Welt.

Spalten und überleben

Nordkorea hat mit seinem partiellen und konditionierten (s.u.) Eingehen auf Kim Dae-chungs »Sonnenscheindiplomatie« die eigene Position in Nordostasien gestärkt und nach einjähriger Blockade wieder Bewegung in das nordpazifische Kräfteverhältnis gebracht. Das vorherige defensive Verhalten war vornehmlich darauf zurückzuführen, daß die USA Ende 1999 beschlossen hatten, (a) am Genfer Rahmenabkommen festzuhalten und (b) dessen Implementierung durch positive und nega-

tive Anreize zu verbessern. Damit war zwar sowohl dem entspannungswilligen Südkorea als auch einem eher skeptischen Japan gedient. Problematisch an diesem Ansatz blieben jedoch Pyöngyangs Versuch, die vereinbarte Offenlegung seiner früheren nuklearen Aktivitäten zu verschleppen, und seine Weigerung, über eine mündliche Zusage hinaus dauerhaft auf Test und Export von Raketentechnologie zu verzichten.

Daß die USA Nordkorea damals die Anerkennung seiner Souveränität und territorialen Integrität signalisierten, war wohl auch durch die nach dem innerkoreanischen Gipfel kolportierte Äußerung des nordkoreanischen Führers Kim Chung-il motiviert, die DVRK sei angesichts ihrer prekären Lage zwischen China, Rußland und Japan an einem Verbleib amerikanischer Truppen auf der koreanischen Halbinsel interessiert. In den letzten Monaten der Clinton-Administration mehrten sich die Entspannungssignale aus Pyöngyang, und im Oktober 2000 löste ein Besuch der amerikanischen Außenministerin in Nordkorea in Peking vorübergehend Besorgnis aus, daß die amerikanisch-nordkoreanische Annäherung zu weit gehen könnte.

Der DVRK war allerdings vornehmlich daran gelegen, den eigenen Nutzen durch Gegeneinander-Ausspielen der externen Parteien zu mehren. So führte der vorübergehende Flirt mit den USA zum einen zu einer mehrmonatigen Pause im innerkoreanischen Entspannungsprozeß und zum anderen zu einer Intensivierung der Kontakte Pyöngyangs mit Peking und Moskau. Währenddessen traten die im April 2000 wiederaufgenommenen Normalisierungsgespräche mit Japan auf der Stelle. Diese Verhandlungen sind für die DVRK von untergeordneter Bedeutung, solange Seoul ausreichend materielle Hilfe leistet. In Japan und den USA befürchtete man bereits, daß die »Sonnenscheindiplomatie« zu einem Nachlassen der südkoreanischen Verteidigungsbereitschaft und zur Umleitung südkoreanischer Hilfen an die Streitkräfte der DVRK führen könnte.

Gleichzeitig lebte in Südkorea ein laten-

ter Anti-Amerikanismus und Anti-Japanismus tendenziell wieder auf. Anzeichen hierfür waren Kontroversen über ein Massaker amerikanischer Truppen an südkoreanischen Zivilisten im Koreakrieg und komplizierte Verhandlungen über ein neues Truppenstatut; Japan wurde wegen der Herausgabe eines schönfärberischen Geschichtsbuchs von offizieller Seite ungewöhnlich deutlich kritisiert (Südkorea rief seinen Botschafter im April 2001 aus Tokyo zurück).

Neue Nordkoreapolitik der USA?

Die Lage komplizierte sich zusätzlich durch den Amtsantritt des neuen amerikanischen Präsidenten. Die Republikaner hatten Clinton bezichtigt, in Nordkorea ein tyrannisches Regime mit Massenvernichtungswaffen durch übertriebene Zugeständnisse zu stabilisieren. Die Bush-Administration hat sich grundsätzlich auf eine Unterstützung der »Sonnenscheindiplomatie« und zur Fortsetzung des Dialogs mit Pyöngyang verpflichtet; sie will der DVRK gegenüber jedoch auf verifizierbarer und sanktionierbarer Gegenseitigkeit beharren, auch was die Verbesserungen der Nord-Süd-Beziehungen angeht. Im Februar 2001 verfügte Washington eine umfassende Überprüfung der bisherigen amerikanischen Koreapolitik, die, von ein paar grundsätzlichen Äußerungen abgesehen, nicht abgeschlossen ist.

Außenminister Colin Powell hat dafür folgende Prioritäten formuliert: nukleare Abrüstung, Abschluß eines Raketenabkommens und konventionelle Abrüstung. Präsident Kim Dae-chung erfuhr bei seinem Washington-Besuch im März, daß die USA der Wiederaufnahme ihres Dialogs mit Nordkorea keine Dringlichkeit beimessen. Man verständigte sich darauf, Zustandekommen und Ergebnisse eines zweiten innerkoreanischen Gipfels als Gradmesser für die Zukunftsperspektiven des Entspannungsprozesses zu nutzen. Anscheinend auf amerikanischen Druck zog Kim seinen Vorschlag zurück, anlässlich des zweiten Gipfels gemeinsam mit Kim Chung-il eine »Friedenserklärung« abzugeben.

Pyöngyang reagierte umgehend mit der Absage des für den 13. Mai geplanten fünften innerkoreanischen Ministertreffens, das den Gipfel in Seoul hätte vorbereiten sollen. Gründe wurden nicht angegeben, aber wenig später forderte der nordkoreanische Rundfunk Südkorea auf, seine »unterwürfige Haltung« gegenüber den USA abzugeben. Die Bush-Administration wurde wegen ihrer harten Linie kritisiert und auf eine entsprechende Reaktion der DVRK eingestimmt. Verhandlungen über weitere Familienzusammenführungen und den Bau der Eisenbahnlinie gerieten ins Stocken. Kurz zuvor hatte Nordkorea trotz amerikanischer Bedenken erneut Lebensmittel- und andere Hilfen aus dem Süden erhalten.

Die wichtigsten Irritationen

Die wichtigsten Irritationen zwischen den beteiligten Parteien betreffen das Raketenproblem, die Implementierung des Genfer Rahmenabkommens sowie potentiell eine neue amerikanische Strategie in Nordostasien.

Raketenproblem

Nordkorea hat 1998 eine Langstreckenrakete über japanisches Territorium in den Nordpazifik abgeschossen und bleibt der wichtigste Exporteur von Raketentechnologie nach Iran, Syrien und Libyen. Für einen abschließenden Testverzicht hat Pyöngyang von den USA Hilfe beim Start eigener Satelliten in Drittstaaten verlangt, für den Verzicht auf Exporte eine finanzielle Kompensation in Milliardenhöhe. Darüber hinaus (und vermutlich vorrangig) fordert die DVRK die beschleunigte Aufhebung amerikanischer Wirtschaftssanktionen und in diesem Zusammenhang die Streichung von der amerikanischen Liste »terrorismusfreundlicher« Staaten.

Die Clinton-Administration hatte direkte Kompensationszahlungen abgelehnt, sich aber in der Raketenfrage verhandlungsbereit gezeigt. Ende 2000 verlautete aus Washington, ein Kompromiß sei in greifbare Nähe gerückt. Nordkorea habe ange-

boten, Raketen mit Reichweiten von über 500 Kilometern nicht mehr zu produzieren, zu testen oder zu dislozieren, und statt einer finanziellen Vergütung zusätzliche Lebensmittel- oder Energiehilfen akzeptiert.

Offen blieb vor allem die Verifikationsfrage. Wahrscheinlich wird die Bush-Administration die Gespräche zu diesem Thema wieder aufnehmen. Außenminister Colin Powell hat laut darüber nachgedacht, die Agenda um Verhandlungen über eine konventionelle Abrüstung auf der koreanischen Halbinsel zu ergänzen.

Die Zukunft von KEDO

Es gibt Stimmen in der Republikanischen Partei, die eine Revision des Genfer Rahmenabkommens verlangen. Washington könnte darauf drängen, Nordkorea statt der vereinbarten Leichtwasserreaktoren konventionelle Kraftwerke zur Verfügung zu stellen, wofür sowohl politische (auch in Leichtwasserreaktoren fällt noch hinreichend Plutonium zum Bombenbau an) als auch technische Gründe (Überforderung des Stromnetzes der DVRK) sprächen. Vertreter der wichtigsten südkoreanischen Parteien haben die USA aufgefordert, das Rahmenabkommen nicht durch eine entsprechende Initiative aufs Spiel zu setzen. Pyöngyangs Medien haben Washington für diesen Fall mit Krieg gedroht.

Aber auch abgesehen von solchen dramatischen Szenarien ist das KEDO-Projekt unter Druck geraten. Die ursprünglich für 2003 vorgesehene Übergabe der beiden Reaktoren dürfte sich um mindestens sieben Jahre verschieben, woran die USA und Nordkorea etwa zu gleichen Teilen die Schuld tragen. Auf amerikanischer Seite ist es durch den Widerstand aus dem Kongreß zu Verzögerungen bei der Lieferung des schweren Heizöls gekommen. Südkorea hat angeboten, der DVRK seinerseits elektrischen Strom zu liefern, möchte Washington aber damit nicht von der eingegangenen Verpflichtung befreien. Pyöngyang nahm solche und andere Meinungsverschiedenheiten 1998 zum Anlaß, das Einfrieren seines Plutoniumprogramms vorüber-

gehend auszusetzen. Mittlerweile verlangt die DVRK eine Kompensation für die bei KEDO eingetretenen Verzögerungen und eine höhere Entlohnung der an dem Reaktorprojekt beteiligten nordkoreanischen Arbeiter.

Vereinbarungsgemäß muß Nordkorea seine vergangenen Wiederaufbereitungsaktivitäten offenlegen, bevor die beiden Reaktorkerne übergeben werden. Bisher wurden diesbezügliche Bemühungen der Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) behindert, und Pyöngyang hat für den Fall erhöhten amerikanischen Drucks damit gedroht, die Tests von Langstreckenraketen wiederaufzunehmen.

Wenn es in der Raketen- und Nuklearfrage bisher nur zögerlich zu (jederzeit widerruflichem) Fortschritt gekommen ist, dann nicht nur aufgrund des Machtwechsels in den USA, sondern auch, weil beide Seiten Fortschritt jeweils an Bedingungen knüpfen, die sich gegenseitig aufzuheben scheinen. Hinzu kommt, daß Entscheidungen zu diesen Komplexen in Nordkorea nur von Kim Chung-il persönlich getroffen werden, der mehr noch als George Bush auch die innenpolitischen Konsequenzen zu bedenken hat.

Amerikas Nordostasien-Strategie

Eine mögliche künftige Irritation für das Interessengeflecht in und um Korea betrifft die amerikanische Strategie für Nordostasien. Hierbei spielt die (von der Clinton-Administration geerbte) Sorge eine Rolle, Seoul könnte hinsichtlich der amerikanischen Truppenpräsenz in Südkorea bilaterale Absprachen mit Pyöngyang treffen, aber auch die kurz vor dem Machtwechsel bekanntgewordene Absicht der USA, Japan wieder zum Eckpfeiler ihrer regionalen Sicherheitspolitik zu machen. Sollte Tokyo diesem Ansinnen folgen, könnte die trilaterale sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Washington und Seoul schon deshalb auf dem Spiel stehen, weil antijapanische Vorurteile in beiden koreanischen Staaten tief verwurzelt sind.

In denselben Zusammenhang gehört die nach Pyöngyangs Raketentest 1998 begonnene amerikanisch-japanische Entwicklung eines Raketenabwehrsystems für den Kriegsschauplatz (Theatre Missile Defence, TMD), die aus japanischer Sicht vornehmlich dazu dienen soll, das Risiko eines nordkoreanischen Angriffs zu mindern, vom Standpunkt der USA aus Japan aber auch enger in die regionale Krisenvorsorge einbinden soll. Tokyo hat sich noch nicht entschieden, ob, wo und mit welchen Reichweiten ein frühestens 2005 zur Verfügung stehendes System disloziert werden soll. Japan hat sich aber wegen seiner Mitwirkung bereits Vorwürfe aus Peking und Pyöngyang zugezogen. Südkorea lehnt eine Mitwirkung an TMD aus vornehmlich technischen Gründen ab (die Abwehr nordkoreanischer Raketenangriffe aus großer Höhe macht angesichts der vergleichsweise kurzen Reichweiten der Raketen wenig Sinn) und baut statt dessen das eigene Raketenarsenal aus.

Kim Dae-chung äußerte sich beim Besuch des russischen Präsidenten Putin im Februar indirekt kritisch zu den amerikanischen Plänen für ein nationales Raketenabwehrsystem (National Missile Defence, NMD), das vornehmlich auf chinesische und nordkoreanische Risiken zielt, und näherte sich damit der Position Moskaus und Pekings an. Wenig später entschuldigte er sich in den USA für den offenkundigen Mißtritt.

Da Nordkoreas Raketenprogramm im Zentrum der amerikanischen Rechtfertigung von NMD und der amerikanisch-japanischen Rechtfertigung von TMD steht, waren sowohl Peking als auch Moskau in den vergangenen Monaten und Jahren unterschiedlich aktiv bemüht, dieses Thema zu entschärfen. China könnte an Pyöngyangs mündlicher Zusage vom September 1999 einen Anteil gehabt haben, Langstreckenraketen vorläufig nicht mehr zu testen. Rußland hat das augenscheinliche Interesse der DVRK an Satellitenstarts als Kompensation für Raketentests ins Gespräch gebracht (und versucht, Südkorea hierfür als Finanzier zu gewinnen), ist aber

anscheinend einer von Kim Chung-il gestreuten Desinformation aufgesessen. Besorgniserregender ist Moskaus derzeitige Bereitschaft, beiden koreanischen Staaten moderne Waffensysteme zu verkaufen und sich auf diese Weise wieder in die nordostasiatische Kräftegleichung einzubringen.

Sonnenschein als Selbstzweck?

Der Erfolg von Kim Dae-chungs Entspannungspolitik hängt wesentlich davon ab, ob sein Gegenüber im Norden eine Notwendigkeit sieht, sein politisches Interesse schrittweise einem ökonomischen Imperativ unterzuordnen, oder ob es hier einmal mehr um den taktischen Versuch geht, die Lebensspanne des angeschlagenen Regimes zu verlängern. Kim Chung-ils partielles Eingehen auf die »Sonnenscheindiplomatie« war vornehmlich ökonomisch bedingt. Die Wirtschaft der DVRK hatte zwar 1999 erstmals nach acht Jahren wieder 6,2% Wachstum verzeichnet, lag damit aber weiterhin um 25% unter dem Niveau von 1989. Ende 2000 prognostizierten die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, daß die seit 1995 andauernden Hungersnot, der bisher eine Million von 22 Millionen Bürgern zum Opfer gefallen sein dürfte, ein weiteres Jahr anhalten werde. Heute kommt mehr als die Hälfte aller internationalen Hilfen für Nordkorea aus dem Süden.

Kim Chung-il wurde in letzter Zeit vielfach unterstellt, sein marodes Land mit einer wirtschaftlichen Öffnung *à la chinoise* aus dem Sumpf ziehen zu wollen. Wichtigste Indizien für diese Behauptung waren zwei Besuche in der Volksrepublik China (Mai 2000 und Januar 2001), bei denen Kim der chinesischen Führung erstmals zu ihrem Experiment mit »Sozialismus chinesischer Prägung« gratulierte. Die Visite vom Januar führte mit Shanghai und Shenzhen sogar in die Hochburgen des neuen chinesischen Kapitalismus.

Darüber hinaus hat Nordkorea mit südkoreanischen Firmen Joint-ventures vereinbart und die Absicht erklärt, in Kaesong nahe der Entmilitarisierten Zone eine

»Freie Wirtschaftszone« einzurichten (ein Prototyp an der chinesischen Grenze hat in den vergangenen Jahren nur wenige Investoren angelockt).

Wichtige Argumente sprechen allerdings gegen einen diesbezüglichen Politikwechsel. Zum einen zieht wirtschaftliche Öffnung nach chinesischem Vorbild dem militärisch gestützten Einmannregime über die Ermächtigung einer neuen technokratischen Klasse und die Vervielfachung der Außenkontakte den Boden unter den Füßen weg. Zum anderen unterscheiden sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen in Deng Xiaopings China von 1978 und Kim Chung-ils Nordkorea von 2001 ganz erheblich. Verglichen mit der Volksrepublik verfügt die DVRK nur über wenige Rohstoffe und einen kleinen Binnenmarkt. Ihre Wirtschaft wird von der Schwerindustrie dominiert, und nur ca. 20% der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft, von der in China die ersten Wachstumsimpulse ausgingen. Die wenigen ausländischen Investoren kommen fast ausschließlich aus Südkorea; Investitionen sind in der Regel Verlustgeschäfte und werden durch Engpässe bei Energie und Infrastruktur erheblich erschwert.

Kim Chung-il dürfte eher vorschweben, die schon von seinem Vater angestrebte Autarkie Nordkoreas durch die Entwicklung von Spitzentechnologien einer Realisierung näherzubringen, wofür Südkorea und andere die fehlende Infrastruktur zur Verfügung stellen müßten. Falls darüber hinaus tatsächlich Konsumartikel für den Export produziert werden sollten, wären ausländische Einflüsse in ein oder zwei Sonderzonen relativ leicht kontrollierbar. Diese Variante wirtschaftlicher »Öffnung« hätte den Vorteil, über den Zugang zu Hardware, Software und Aufsichtsfunktionen auch jene militärischen Interessen zu befriedigen, von denen das Überleben des Regimes derzeit im wesentlichen abhängt.

Es geht folglich nicht um einen grundlegenden Kurswechsel, sondern um einen weiteren Versuch, die Lebensspanne der DVRK und ihres politischen Systems zu verlängern. Nicht von ungefähr signalisie-

ren die bisher gemachten Erfahrungen mit der »Sonnenscheindiplomatie« eher atmosphärische als materielle Verbesserungen. Wiedervereinigung genießt derzeit weder in Pyöngyang noch in Seoul Priorität: Für den Norden wären die politischen, für den Süden die wirtschaftlichen Kosten zu hoch. Seoul leidet weiter unter den Nachwehen der Ostasienkrise von 1997/98: Während zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen wegen der zurückhaltenden Kreditgewährung durch die Banken ums Überleben kämpfen, steht mit Daewoo Motor einer der größten Konzerne vor dem Bankrott. Das Gros aller unprofitablen Investitionen in Nordkorea wurde bisher von dem Mischkonzern Hyundai getätigt, ein Engagement, das mit dem Tod des Firmengründers im März 2001 wieder in Frage gestellt werden könnte.

Entspannung bedient vorläufig die innenpolitischen Erwartungen beider Seiten (konkret: das Prestige der beiden Führer) und hilft dem Norden über einige wirtschaftliche Engpässe hinweg, bietet aber weder Anhaltspunkte für »Wandel durch Handel« noch für eine Verbesserung der militärischen Sicherheitslage. So verlangte der Verteidigungsminister der DVRK bei einem Treffen mit seinem südkoreanischen Kollegen im September 2000 einmal mehr den Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Süden und strafte damit gegenteilige Meldungen im Zusammenhang mit dem innerkoreanischen Gipfel Lügen. Zuvor hatte Pyöngyang erstmals in zehn Jahren wieder seine Verteidigungsausgaben angehoben. Ende 2000 verstärkte Nordkorea seine grenznahe Artillerie, Vorgänge, die Beobachter als Zugeständnisse Kim Chung-ils an die militärische Führung werteten.

Kim Dae-chung mußte schon zuvor darauf bedacht sein, Entspannungs- und Verteidigungsbereitschaft für innen- und außenpolitische Zwecke auszubalancieren, ein Drahtseilakt, der sich mit dem Antritt der neuen amerikanischen Administration und angesichts mangelnden materiellen Entgegenkommens aus Pyöngyang weiter kompliziert hat. Die Zustimmung in der

südkoreanischen Bevölkerung zur »Sonnenscheindiplomatie« ist seit dem emotionalen Hoch vom Juni 2000 wieder rückläufig, und die oppositionelle Grand National Party ist entschlossen, Kims in ihrer Sicht übertriebene Zugeständnisse im Parlamentswahlkampf 2002 und im Präsidentschaftswahlkampf 2003 zu instrumentalisieren. Hierbei könnte auch eine zunehmende Entfremdung von den USA eine Rolle spielen.

Der südkoreanische Präsident möchte sich als Vermittler zwischen Washington und Pyöngyang anbieten, verkennt damit aber die Entschlossenheit Nordkoreas, sich dergleichen Dreiecksdiplomatie allenfalls selbst vorzubehalten. Insofern würde die Effizienz der »Sonnenscheindiplomatie« nicht zwingend durch eine härtere amerikanische Linie verbessert, wie es einige Politiker in den USA und Südkorea suggerieren.

Eine neue Rolle für Europa?

Angesichts der potentiellen Verwerfungen im Verhältnis der Regionalmächte erscheinen die diversen europäischen Manöver eher als Fußnoten. Zwischen Dezember 2000 und März 2001 nahmen in kurzer Folge Großbritannien, Spanien, die Niederlande, Belgien, Deutschland und Luxemburg diplomatische Beziehungen zu Nordkorea auf. Frankreichs Staatspräsident Chirac und der Nordkoreabeauftragte der EU-Kommission, Santer, kritisierten dieses Vorpreschen als übereilt und wenig konform mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die so Gescholtenen beriefen sich auf die Notwendigkeit, Kim Dae-chung zu stärken, und auf das alte Argument, Dialog erreiche mehr als Ausgrenzung. Dieses Argument hatte indes schon im Oktober 2000 an Überzeugungskraft eingebüßt, als aus der Gemeinsamen Erklärung zum Asiatisch-Europäischen Gipfel von Seoul auf chinesischen Wunsch ein Passus zu Massenvernichtungswaffen gestrichen werden mußte.

Tatsächlich hatten die meisten europäischen Staaten noch kurz zuvor Fortschritte im Nord-Süd-Verhältnis, bei Massenvernichtungswaffen und Menschenrechten zur Vor-

bedingung für eine Normalisierung ihrer Beziehungen zu Pyöngyang gemacht. Nunmehr hieß es, die diplomatische Anerkennung solle solchen Fortschritt erst ermöglichen, und die Bundesrepublik Deutschland vereinbarte neben Freizügigkeit für ihre Diplomaten, Journalisten und Vertreter von Hilfsorganisationen sogar einen Menschenrechtsdialog mit der DVRK. Es steht nicht zu erwarten, daß Nordkorea solchen Absichtserklärungen mehr als Lippenbekenntnisse folgen läßt, und europäische Überlegungen, zwischen Nord und Süd zu vermitteln, dürften dort als weiteres Indiz für den Zerfall des westlichen Lagers verstanden werden. Darüber hinaus birgt das Menschenrechtsthema einen bisher wenig beachteten Zündstoff für die künftige Entwicklung der Koreafrage: In der DVRK gibt es schätzungsweise 200 000 politische Gefangene. Zwangsarbeit, Folter und Hinrichtungen sind an der Tagesordnung. Selbst wenn Seoul und anscheinend auch Washington weiterhin bemüht sind, dieses Problem herunterzuspielen, dürfte zunehmende Berichterstattung westlicher Medien dafür sorgen, daß es in einer breiteren Öffentlichkeit zum Thema gemacht wird.

Jacques Santer hat bei seinem Besuch in Pyöngyang im November 2000 die Raketenfrage angesprochen und seinerseits (erfollos) die Eröffnung eines Menschenrechtsdialogs zwischen EU und DVRK verlangt. Gleichzeitig stellte er die Verdoppelung des europäischen Beitrags zur KEDO in Aussicht. Zwar werden wirtschaftliche Interessen in diesem Zusammenhang regelmäßig dementiert, doch bereiten sich europäische Unternehmen in aller Stille auf einen Einstieg in den nordkoreanischen Strommarkt vor.

Wenn die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zur Jahreswende 2000/2001 ausgerechnet in Nordkorea eine weitere Niederlage erlitt, muß das nicht heißen, daß diesbezügliche Fortschritte auch künftig ausgeschlossen sind. Es gilt vorrangig zu verhindern, daß die EU und ihre Mitglieder den Versuch unternehmen, sich angesichts der verhärteten Fronten zwischen Washington und Pyöngyang nun

ihrerseits mit einer weicheren Linie als Vermittler in Nord-Süd- oder Raketenfragen anzubieten. Entsprechende Vorstellungen der schwedischen Präsidentschaft wurden im Frühjahr 2001 wieder relativiert; sie hätten der DVRK auch nur ein weiteres Indiz für den fortschreitenden Zerfall des westlichen Lagers geliefert. Ohne gemeinsames Auftreten in den wichtigen Grundsatzfragen schwindet der Anreiz für Nordkorea, in eben diesen Fragen Konzessionen zu machen. Notwendig werden also in erster Linie ein intensivierter transatlantischer Dialog zu Fragen ostasiatischer Sicherheit und in zweiter Linie ein diesbezüglicher Dialog mit Seoul, Tokyo und, soweit möglich, mit Moskau und Peking.

Die DVRK ist gefährlich, weil sie die bürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte ihrer eigenen Bevölkerung mit Gewalt unterdrückt und zur Aufrechterhaltung dieses Zustandes ein großes Arsenal an konventionellen Waffen und ein kleineres an Massenvernichtungswaffen zu benötigen glaubt. Wenn es in absehbarer Zeit auf der koreanischen Halbinsel nicht zu Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen sowie zu Abrüstungsverhandlungen kommt, wäre die »Sonnenscheindiplomatie« allenfalls noch um den Preis einer wachsenden Entfremdung zwischen den USA, Südkorea und Japan aufrechtzuerhalten. Bei einem Zerfall dieses sicherheitspolitischen Rahmens wären die wirtschaftlichen und politischen Interessen der EU und ihrer Mitglieder gleichermaßen gefährdet, ohne daß die Gemeinschaft für den entfallenen Rahmen glaubhaft Kompensation anbieten könnte. Auch für eine multilaterale Lösung der Koreafrage gibt es derzeit keine realistischen Ansätze.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2001
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung und Realisierung
Buchendorf